

Zeno-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Vertriebsort: Dortmund

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Amtesliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptvertriebsstelle: Bocholt, Marktstraße 14. Fernsprecher 3054/55.
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten geschickt 2.20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2.52 Mk. — Sammel-Anzeigenpreis 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Text-Anzeigen (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 5, gültig vom 15. 2. 35).

Nummer 84

Dienstag, den 26. März 1935

Jahrgang 1935

Der deutsche Standpunkt.

Von unserer Berliner Redaktion.

○ Berlin, 25. März.

Die Besprechungen zwischen den englischen und deutschen Staatsmännern in Berlin haben sich am ersten Tage programmgemäß abgewandelt. Als Herr Eden von seinen französischen und italienischen Kollegen am Sonntag in Paris Abschied nahm, wurden ihm die „besten Wünsche“ mit auf den Weg gegeben. Selbst wenn diese Wünsche des Herrn Laval und Sudich in ihrem Sinne gemeint waren, so wollen wir sie doch als ein gutes Vorzeichen ansehen für die Verhandlungen, die gegenwärtig in der Reichshauptstadt stattfinden. Niemand ist wohl von einem solchen Optimismus getragen, daß er erwarten könnte, die Beratungen müßten sofort ein Ergebnis zeitigen, das einen endgültigen Schlussschlag unter die große Unruhe in Europa setzt. So weit sind die politischen Dinge noch nicht gediehen. Vielmehr ist der weitestreichende Rhythmus der Geschehnisse auch besser als eine plötzliche erstarrende Welle, in die nachträglich nur schwer verbessernde Rüge eingetragen werden könnten. Dabei soll jedoch nicht übersehen werden, daß in Paris ohne alle Zweifel ein Plan vorliegt, der nach französischer Meinung fix und fertig ist. Die Meldungen der französischen Blätter lassen erkennen, daß sich die Stimmung jenseits unserer Westgrenze noch nicht gebessert hat, sondern daß vielmehr alle nur denkbaren Gründe hervorgehoben werden, um immer wieder von neuem Del ins Feuer zu gießen.

Als treue Sekundanten erweisen sich bei diesen Bemühungen, wie auch gar nicht anders zu erwarten, die Herrscher der Sowjetunion, deren Ziel allerdings in einer etwas anderen Richtung als der französischen zu liegen scheint. Die französischen Staatsmänner haben es nicht leicht, bei der Durchführung ihrer Absichten es ihren verschiedenen Freunden recht zu machen. Aber schließlich richtet sich die Pariser Politik gegen Deutschland, und deshalb wird keine Mühe gespart.

Während Frankreich nicht davon abläßt, Verwirrung zu stiften und einfache Fragen zu komplizieren, stellt sich der deutsche Standpunkt klar und durchsichtig dar. Zwischen den Vertretern Englands und der Reichsregierung wird selbstverständlich, wie es vereinbart worden ist, darauf geachtet, die Probleme zur Debatte zu stellen, die sich im Rahmen des Londoner Kommuniqués vom 3. Februar d. J. bewegen. Was die Rüstungsbeschränkungen angeht, so ist unsere Auffassung bekannt. Wir waren und sind bereit, einem Abkommen über Abrüstungsmassnahmen beizutreten, vorausgesetzt, daß kein ungleicher Maßstab bei einem der beteiligten Staaten angelegt und daß auf völlig gleicher Plattform verhandelt wird.

Bezüglich des Ostpaktess haben wir nie ein Gehl daraus gemacht, daß wir gegen die vorgeschlagenen Methoden starke Bedenken haben, weil wir nicht in Streitigkeiten verwickelt werden wollen, die

uns nichts angehen, die uns dann aber mehr belasten könnten als andere beteiligte Mächte. Friedfertig wie nach Westen sind wir auch nach Osten. Den besten Beweis haben wir durch den deutsch-polnischen Vertrag erbracht. Die Einbeziehung von Ländern in ein Ostpakt-System, da wir von einem eigenen Konflikt im Osten garnicht oder kaum betroffen werden könnten, erscheint als besonderer Krisengrund, den wir vermeiden sehen möchte. Niemand wird es uns verargen, wenn wir es uns sehr lange und gut überlegen, ob wir uns in ein System hineinziehen lassen können, das auf Verträgen beruht, die uns zum Teil gar nicht bekannt sind.

Etwas weniger stark als gegenüber dem Ostpakt sind unsere Bedenken gegenüber dem Donaupakt.

Durch Beantwortung unserer fünf Fragen, die wir an die römische Adresse gerichtet hatten, sind noch nicht alle Zweifel beseitigt. Vor allem wollen wir vermeiden wissen, daß sich die Verhältnisse zwischen Deutschland und Oesterreich auf die Dauer ungünstig gestalten und daß andere Paktteilnehmer die Abmachungen für sich als billigen Vorwand benutzen, sich in österreichische innere Verhältnisse einzumischen. Mehrere diesbezügliche Fragen müssen noch genau geprüft werden, bevor unsere Zustimmung erfolgen kann.

Der Luftpakt braucht nicht mehr eigens erwähnt zu werden, weil wir uns zu seinem Abschluß schon bereit erklärt haben.

Was schließlich den Völkerbund betrifft, so ergibt sich eine neue Lage für uns erst nach der zufriedenstellenden Lösung der Grundfrage über die Sicherheit und die Gleichberechtigung. Der Völkerbund darf nicht als einseitiges Machtinstrument bestimmter Stellen mißbraucht werden.

Der Umfang des Programms zeigt, daß die vorgetragene Beratungszeit völlig ausgereicht sein wird. Bevor es möglich ist, eine Prognose zu stellen, müssen Lösungen erkennbar sein, die dem Verstehen und der Verständigung der Beteiligten gerecht werden. In erster Linie aber dienen die Berliner Besprechungen der Erleuchtung. Diese Tatsache soll nicht außer Acht gelassen werden.

Beginn der deutsch-englischen Ministerkonferenz.

Empfang der englischen Staatsmänner durch den Führer.

Der erste Tag der großen Aussprache in Berlin.

○ Berlin, 25. März.

Die offiziellen Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den englischen Gästen haben heute vormittag ihren Anfang genommen und werden nur durch eine Mittagspause von kurzer Dauer unterbrochen werden. Lordiegelebewahrer Eden wird nur bis morgen abend an den Berliner Verhandlungen teilnehmen, da er noch Dienstag nachts seine vorgesehene Reise nach Moskau antreibt. Der Abflug Sir John Simons ist vorläufig für Mittwoch nachmittag vorgesehen. Man hofft bis zu diesem Zeitpunkt alle

Punkte des umfangreichen Programms eingehend durchgesprochen zu haben.

Um 10 Uhr verließen die englischen Minister das Hotel Adlon, um sich mit ihrer Begleitung nach der Wilhelmstraße zu begeben und dort ihre ersten Besuche bei deutschen Staatsmännern zu machen.

Der Führer und Reichskanzler empfing heute vormittag den britischen Außenminister Sir John Simon und Minister Anthony Eden im Beisein des Reichsaußenministers Freiherrn von Neurath und des britischen Botschafters Sir Eric Phipps.

Besprechungen fanden statt sowohl am Vormittag als auch am Nachmittag über einige der Fragen, die

in dem englisch-französischen Kommuniqué vom 3. Febr. erwähnt worden sind. In den Besprechungen nahmen deutscherseits teil der Reichsaußenminister Freiherr von Neurath und der Sonderbeauftragte für Abrüstungsfragen, Herr von Ribbentrop.

Die Besprechungen werden im Laufe des morgigen Vormittags wieder aufgenommen werden.

Das Echo des Berliner Empfanges.

Starker Eindruck in der Londoner Presse.

London, 25. März.

Der Empfang der beiden britischen Minister in Berlin wurde von den britischen Zeitungen in der Presse ausführlich geschildert.

Besondere Erwähnung findet in allen Berichten die Ehrenbezeugung durch den Ehrenkür der Leibwache Hitlers oder, wie der „Times“-Korrespondent schreibt, durch die „100 lebendigen Wächter einer einseitigen Revision von Verträgen.“ In dem Bericht der „Daily Mail“ heißt es, Simon sei unangenehm nach Berlin gekommen und werde bereit sein, jede vernünftige Beschwerde der deutschen Regierung in Erwägung zu ziehen. Die deutsche Presse und das deutsche Volk hätten die britischen Minister in sehr freundlicher Weise empfangen. Dies wird auch in anderen Berichten festgestellt.

Zuversicht in London.

Die Aussichten des Besuchs in Berlin.

London, 25. März.

„Times“ wiederholt in seinem Leitartikel die Erklärung, daß die britischen Minister in Berlin die Unterstützung der ganzen Nation hinter sich hätten und daß, niemand könne bezweifeln, daß es Großbritanniens einziges Ziel sei, einander widersprechende Interessen zu versöhnen und ein System zu schaffen, das nicht herausgeforderte Angriffe verbiete und unter Strafe stelle. Die erste natürliche Erschütterung, die in Paris und anderen Städten durch die Wiederherstellung der Dienstpflicht in Deutschland hervorgerufen worden sei, habe bereits nachgelassen.

„Times“ verweist auf die Äußerung Laval's vom Freitag und auf das Pariser Kommuniqué vom Sonntag und bemerkt, es sei befriedigend, daß die französische und die italienische Regierung das Ziel des britischen Besuchs in Berlin gebilligt hätten. Noch befriedigender würde es allerdings gewesen sein, wenn es einer solchen erneuten Versicherung nicht bedurft hätte. Es sollte der britischen Regierung wirklich möglich sein, eine eigene Politik zu betreiben, ohne jeden Schritt erläutern und rechtfertigen zu müssen, am wenigsten gegenüber einer bestimmten Gruppe von Ländern. Hoffentlich werde England nach dem Berliner Besuch, vorausgesetzt, daß alles glatt gehe, mit unparteilicher Freundlichkeit eine Politik durchzuführen, die allen in gleicher Weise zum Vorteil ausfallen werde. Die Zusammenkunft in Streja sei eine Höflichkeit gegenüber den beiden anderen Regierungen, die den britischen Ministern ihre guten Wünsche mitgeben hätten. Es sei angebracht, daß ihnen die britischen Minister direkt und in vertraulicher Haltung ihre Eindrücke mitteilten. Aber man dürfe hoffen, daß, wenn nicht die Ergebnisse des Berliner Besuchs wider Erwarten enttäuschend seien — nichts geschähe, um der Zusammenkunft in Streja einen antideutschen Aussehen zu geben. Zu den Zielen dieser Zusammenkunft werde vielleicht eine Vereinbarung über die Abhaltung einer weiteren Konferenz gehören, auf der Deutschland und zweifellos auch die Sowjetunion und Polen vertreten sein würden. Ein glückliches Vorzeichen für die Zusammenkunft in Streja scheint zu sein, daß das Datum der Zusammenkunft des Völkerbundsrates zur Prüfung der deutschen Rüstungspolitik hinsichtlich aufgehoben worden sei. Am 11. April werde Frankreich besser in der Lage sein, zu entscheiden, ob das Beharren auf seiner besonderen Ansicht seinen eigenen Interessen und denen Europas entspreche.

Das Blatt schreibt zum Schluß, auf alle Fälle besteht in jedem Lande der wahrhafte Wunsch, daß eine bessere Methode als der Krieg es ist, gefunden werden soll, um Verrückungen vorzunehmen und internationale Streitigkeiten zu schlichten. Wenn Hitler seine britischen Besucher und durch sie die übrige Welt überzeugt, daß eine verstärkte Armee wirklich nur dazu bestimmt ist, ihm die Gleichheit der Rechtsstellung und

Starkes Deutschland — ein Friedensfaktor

Äußerungen des Senators Borah.

Washington, 25. März.

Senator Borah, Mitglied des Repräsentantenhauses und des Auswärtigen Ausschusses des amerikanischen Senates, erklärte einem Vertreter der Associated Press:

„die deutsche Aufrüstung dürfte eher zur Befriedung Europas beitragen, als Ursache eines künftigen Krieges sein. Der Versailler Vertrag sei bereits von anderen Nationen nicht beachtet worden, und daß Deutschland sich von diesem Vertrag loslagte, sei unvermeidlich. Dieser Schritt bedeute seiner Ansicht nach eine Besserung der europäischen Lage.“

Wörtlich führte er dann aus: „Ich habe wiederholt gesagt, daß es niemals einen wirklichen Frieden in Europa geben wird, bis der Versailler Vertrag außer Kraft gesetzt wird. Dies kann zu einer Neuabfassung eines Vertrages unter solchen Bedingungen führen, die dem Frieden und der Stabilität Europas eine größere Sicherheit geben.“ Eine Kriegsgefahr könne sich nur dann ergeben, wenn der Versuch gemacht werde, Deutschland zu zwingen, sich den Bedingungen des Friedens von Versailles zu fügen.

Was die Vereinigten Staaten anlangt, so sollten sie sich in jedem Falle aus Europa fernhalten. Die Vereinigten Staaten litten immer noch an den Folgen eines „Europa-Besuches“, und er sei sicher, daß die USA niemals wieder einen machen werden.

Der Empfang der englischen Minister Simon und Eden auf dem Tempelhofer Feld.



Auf dem Berliner Zentralflughafen Tempelhof empfing Reichsaußenminister Freiherr von Neurath die englischen Gäste. Unser Bild (links) zeigt den deutschen Reichsaußenminister im Gespräch mit Sir John Simon (rechts), dahinter Lordiegelebewahrer Eden beim Verlassen des Sonderflugzeugs. Das zweite Bild zeigt, wie der Führer des Sturmes 1 der Leibstandarte (links mit gezogenem Degen) dem englischen Außenminister den angetretenen Sturm meldet. Rechts von Sir John Simon (ohne Hut) der deutsche Außenminister Freiherr von Neurath.

Monat, 14.30 bis
Monat, 15 bis
onat, 15—17 Uhr,
Mittwoch im Mo-
onat, 14—16 Uhr,
Monat 14.30 bis
Neufstraße 70.
Neufstraße 70.

en.

Stadt Bocholt
en Nr. 115, 117,
ter Volksblattes
14., 17. und 18.
März 1935 ver-

ftungsbauer ge-
d zur Kenntnis
einer Wertzu-
des Kommunal-
iner zurzeit gel-
verlängert.

ürgermeister.

ATION
NZUG

!t!

itbar!

essend!

eiswert!

SER
ordstr. 39
15366

und Damenohrer
Qualitäten, 1553
tlich billig.
rie Rhode.
eine Schaufenster.

agen

und ein fast neues
kaufen.
tsblatt.

chen

chaft zum 1. 4. gel-
n „Volksblatt“.

im Alter von
en, mögl. Hand-
Lut und Liebe
beruf haben, fön-
für die Seemanns-
reiten. — Robin-
s 1.88 u. groß,
unbekannt und
Annahme der
eberbrückstr. 9.

merwohnung
im Mittelpunkt
15. April oder
mieten.
er Nr. 1781 an
erbeten.

nd zu Fuß
Lebewohl

Häuserungen und
(8Pflast.) 68Pfg.
Sicher zu haben
5. Stern-Drog. A.
d e: Markt-Drog
kt 2. 1:39g

renzenz

enn
heit
n n.

renzenz

enn
heit
n n.

renzenz

enn
heit
n n.

renzenz

enn
heit
n n.

renzenz

enn
heit
n n.

Der Gelbe Fluß tötet 20000 Menschen.

Ueberschwemmungskatastrophe in China.

DNB, Schanghai, 25. März.

China ist wiederum von einer Ueberschwemmungskatastrophe heimgegriffen worden. Durch Deluvien ist das Gebiet des Gelben Flusses zwischen den Provinzen Honan und Supei in riesiger Ausdehnung überschwemmt worden. Man schätzt die Zahl der Getrunkenen auf 20000. Etwa 100 000 Menschen befinden sich auf der Flucht vor den Fluten. Den Sachschaden berechnet man auf 40 Millionen Dollar.

Explosionen in einem Munitionslager bei Chargin.

DNB, Chargin, 25. März.

In einem Munitionslager in einer Vorstadt von Chargin ereigneten sich am Sonntag eine Reihe von Explosionen. Die Ursache der Explosionen steht noch nicht fest. Die genaue Zahl der Opfer ist bisher nicht bekannt, da die Sprengstoffe der explosiven

Grundlage immer daran dachten, wie man andere Nationen niederknien könne.

Derjenige, der die europäische Frage wirklich lösen will, sollte die Ungerechtigkeiten und die Demütigungen beseitigen, die den sogenannten besiegten Staaten auferlegt worden seien.

Deutschland habe die Gleichberechtigung verlangt und, nachdem sie ihm nicht gewährt worden sei, hat es sich selbst die Gleichberechtigung unter Verletzung auf seine Souveränität gegeben. Ungarn könne Deutschland auf diesem Wege nicht folgen, weil Ungarn als Mitglied des Völkerbundes das gleiche Ansehen vor den Völkern bringen werde.

Wir hoffen, fuhr Gombos fort, daß wir, gestützt auf unsere italienischen Freunde und auf alle jene, die sich auch bisher als unsere Freunde erwiesen haben, das Ziel erreichen werden. Ungarn will in internationaler Beziehung seine Interessen auch vom wirtschaftspolitischen Gesichtspunkt aus vertreten. Wir sind der Meinung, daß wenn es sich um die Lösung des ganzen Fragenkomplexes handelt, bei den politischen Fragen auch die finanziellen und allgemeinwirtschaftlichen Fragen auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen.

Auch Oesterreich fordert Gleichberechtigung.

DNB Wien, 25. März.

Außenminister Berger-Waldenegg sagte in einer Rede in der kaiserlichen Stadt Schladming u. a. er habe auf seinen Auslandsreisen in jeder Beziehung Gleichberechtigung für Oesterreich verlangt und werde sich nicht zufrieden geben, bis die volle Gleichberechtigung erlangt sei. Die Gleichberechtigung sei unterwegs und werde sehr bald kommen.

Zur Frage der Zugehörigkeit erklärte der Außenminister, daß Oesterreich das italienische Ballila-System wählen werde, das den österreichischen Verhältnissen angepaßt werden solle.

Umfangreiche Waffenfunde

Großer Schlag gegen die Danziger Marxisten.

DNB Danzig, 25. März.

Am Sonnabendabend hielt die Danziger Sozialdemokratie im Lokal Viktoriagarten in Popot eine Wahlversammlung ab, bei der es während der Versammlung schon zu Störungen kam. Nach der Versammlung hielt die Polizei überraschend eine Razzia ab. Sie durchsuchte 120 Wohnungen und Wälder der Sozialdemokraten. Das Ergebnis dieser Untersuchung war überraschend, obwohl ein Teil der Geisteskräfte vorher der Waffen zu entleeren versuchte. Es wurden u. a. von der Polizei eine Pistole, eine Leuchtpistole, eine als Schlaginstrument benutzte Waffe, 26 Revolver und 200 Patronen, ferner Gummikugeln und Strohstrahlen bei den Durchsuchungen vorgefunden. Da diese Bewaffnung einen Verstoß gegen das Militärgeheimnis darstellt und sich jeder, der bewaffnet zu einer Versammlung kommt, einer Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten aussetzt, mußten 13 Personen sofort verhaftet werden.

Verhaftet sind der Sportdirektor der sozialdemokratischen „Danziger Volkstimme“ Hermann Tomatz, der auch Vorsitzender des Sportportverbandes ist, ferner der Mitarbeiter des Saalkühlers der SPD, der als marxistisch überlebende frühere Kriminalassistent Römer aus Danzig.

Außerdem wurden noch zehn Sozialdemokraten verhaftet. Ferner wurde in der Versammlung ein Danziger Staatsangehöriger namens Bialkowski, der sich jetzt zur polnischen Minderheit bekennt, festgenommen, da er durch hethetische Zurschneidung in polnische Sprache die Menge in Erregung versetzte und durch sein aufreizendes Verhalten die Arbeit der Polizei erschwerete.

Verfassungsfeier in Warschau.

DNB Warschau, 25. März.

In ganz Polen finden große Feierlichkeiten anlässlich der Annahme der Verfassung statt.

In Warschau nahmen der Staatspräsident, die Regierung, die Abgeordneten, die Senatoren und die Generäle an einem feierlichen Gottesdienst in der Kathedrale teil. Anschließend beteiligten sich die Vertreter der Regierung und des Sejms an einer Kundgebung der Mitglieder des Reichstagsverbandes, der Gewerkschaften, der Eisenbahn- und Postbeamten, der Lager, der Schuljugend und Studenten, der Legion der Jugend, Straßenbahnen und Feuerwehr, Handwerker, Staatsbediente und vieler andere mehr.

Nach einem Fackelzug durch die Straßen des Staatspräsidenten marschierten die Teilnehmer des Festzuges zum Belvedere-Schloß. Eine Delegation trug dort in ein auflegendes Buch eine Erklärung ein, in der gesagt wird, die Bevölkerung Warschaus habe dem Marschall und erklärte, daß sie für alle Zeiten die Verfassung schützen werde und bereit sei, zum Schutze des Vaterlandes Leben und Gut zu opfern.

Der Memelländer-Prozeß.

Deute Urteilsverfändung?

DNB Romna, 25. März.

Im Memelländer Prozeß verurteilte am Montag der Kommandeur des Gerichtesgebäudes, daß die Beratung des Gerichts noch nicht abgeschlossen ist. Die Angeklagten haben sich am Dienstag um 9 Uhr erneut ein-

von Ministerpräsident und Außenminister Tostitsch sowie von allen Gefandten des Balkanbundes und der Kleinen Entente erwartet. Titulescu, dem ein Sonderzug zur Verfügung gestellt worden war, brachte nach Belgrad einen ziemlich großen Stab von Mitarbeitern mit. Er hatte mit Tostitsch um 18 Uhr eine halbstündige Aussprache, wobei er diesen, der „Pravda“ zufolge, über die Verhandlungen unterrichtete, die er am Sonntag mit dem tschechoslowakischen Außenminister Benesch in Preßburg hatte. Am Nachmittag wurden die Beratungen zwischen Titulescu und Tostitsch fortgesetzt. Der rumänische Außenminister wird mindestens zwei Tage in Belgrad bleiben und dann seine Reise nach den westeuropäischen Hauptstädten fortsetzen.

Titulescu in Belgrad.

Mit einem großen Stab von Mitarbeitern.

DNB, Belgrad, 25. März.

Der rumänische Außenminister Titulescu, der Montag mittags in Belgrad eintraf, wurde am Bahnhof

Paris und London blicken nach Berlin.

Französische Begleitmusik.

DNB Paris, 25. März.

Die Pariser Abendpresse widmet den Berliner Besprechungen größte Aufmerksamkeit, ist aber nicht in der Lage, in irgend einer Form Stellung zu nehmen. Die Berliner Berichterstatter der Blätter weisen übereinstimmend darauf hin, daß die Stimmung am Montag mittags in Berlin auch in englischen Kreisen optimistisch sei. Sie beschränken sich aber im übrigen darauf, das neue Programm noch einmal in allen Einzelheiten wiederzugeben und auf die Tatsache hinzuweisen, daß der Führer schon am Montag vormittags den Besprechungen beigewohnt hat.

Was bestimmte französische Kreise als Ergebnis der deutsch-englischen Besprechungen am liebsten sehen möchten, darüber gibt der „Temps“ Aufschluß, der schreibt, es gebe nur eins, um Deutschland zu ernstem Nachdenken zu zwingen, und das wäre, es vor die Alternative zu stellen, zwischen internationaler Zusammenarbeit und der wirtschaftlichen sowie der politischen Isolierung zu wählen. Man müsse sich mit Recht fragen, ob die Methode Mussolinis, die darin besteht, sich bei Verhandlungen auf eine effektive Macht zu stützen, nicht die geeignete sei, um nützliche und dauerhafte Ergebnisse zu erzielen.

„Der Ostpakt die unbekannte Größe“.

Londoner Stimmen.

DNB London, 25. März.

Im Mittelpunkt der Betrachtungen der Londoner Abendpresse stehen die deutsch-englischen Besprechungen in Berlin, über die die Blätter ausführliche Berichte ihrer Korrespondenten veröffentlichen. Es liegt in der Natur der Dinge, daß über den Verlauf vorerst wenig berichtet werden kann. Die Blätter beschränken sich daher im allgemeinen auf die Wiedergabe von Aeußerlichkeiten, wobei die freundliche Begrüßung hervorgehoben wird, die den englischen Gästen in allen Kreisen zuteil geworden ist. Nach einer Reiter-Waldung aus Berlin wird in britischen amtlichen Kreisen ein vorsichtiger Optimismus zur Schau getragen.

Die „Evening News“ nennt in einem Leitartikel den Ostpakt die unbekannte Größe der Berliner

Flandin über Frankreichs Stärke.

„Sie ist viel größer, als Sie sich durch die Brille des Realismus vorstellen.“

Eine Rundfunkrede.

(1) Paris, 25. März.

Ministerpräsident Flandin hielt am Montagabend anlässlich der Einweihung des neuen Rathauses in Vincennes eine Rundfunkansprache, in der er u. a. ausführte: Man hat Ihnen angeliebt, daß ich heute eine große politische Rede halten werde. Ich fürchte, daß Sie eine große Enttäuschung erleben werden. Die Stunde der Gegenwart scheint mir mehr Taten vorzuschreiben als Reden. Aber die Gemeindegewalten werden in jeder Hinsicht starr bleiben, und bis dahin wird Frankreich von einem Redeschwall überfallen. Wenn die Worte des Regimentschefs im Lande einigen Kredit haben, so würde ich mich unterstellen, daß die politischen Kämpfe noch nie so unangebracht gewesen sind wie heute. Man wird sagen, wieder ein Aufruf zur Union, ja gewiß, wieder ein Aufruf und sogar ein fröhlicher Aufruf, die einen solchen Aufruf lancieren, eine lange Reihe von Gefahren hinzu, die das Volk bedrohen. Seit dem Kriege haben sie mit Recht das äußere Gefähr, bald die innere Gefahr unter mehrfachen Formen anführen können. Es wäre mir nicht schwer, ein ebenso schwarzes Bild von der Gegenwart zu zeichnen, aber ich bleibe ein hartnäckiger Optimist.

Wenn Frankreich Vertrauen in sich selbst hätte, würde über die Hälfte der Gefahren, von denen es sich bedroht fühlt, von selbst ausgelöscht sein.

Wollen wir Vertrauen in unsere Stärke setzen! Sie ist viel größer, als Sie sich durch die Brille eines gewissen Realismus vorstellen,

der vielleicht im übrigen nicht immer auf seine Vaterlandsiebe zurückzuführen ist. Ich hätte keine große Sorge, wenn es sich nur um unsere materiellen Kräfte handeln würde. Denn es ist nicht wahr, daß so viel Milliarden, die für die Landesverteidigung seit 15 Jahren ausgegeben worden sind, nur vergeblich vergeudet wurden. Sie würden auch nur wenig beunruhigt sein hinsichtlich unserer moralischen Kräfte. Die Vaterlandsiebe ist in der Seele der Franzosen tief verwurzelt.

Sorge bereitet mir, daß das Ausland unser eigenes Schicksal ernst nehmen könnte.

Die Geschichte wiederholt sich nicht immer in gleicher Weise. Das gebe ich zu. Aber glauben Sie, daß der Krieg uns aufgezungen (?) worden wäre, wenn wir im Jahre 1913 und 1914 nicht das Beispiel entfesselter politischer Lebensformen und tiefer Entzweiung unter uns gegeben hätten? Glauben Sie, daß vor 1870 die heftige Propaganda gegen das damalige Regime die Invasionen (1) und die Niederlage nicht vorbereitet hätten? Wollen wir also uns in Acht nehmen im Hinblick auf die Jahre 1935 und 1936! Schon vor zehn Jahren hat Mussolini erklärt, daß sie die entscheidenden Jahre für den Frieden darstellen. Wir wollen also um des Vaterlandes willen nicht den Schein einer hilflosen Mannigfalt auf einem treibenden Schiff geben. Wenn die Republik den Krieg 1914 hat ertragen müssen, so ist sie wenigstens fähig, auch ihn herbeizuführen. Heute wie gestern hat sie verstanden, eine ganze Reihe von Freunden und Bundesgenossen um sich zu scharen, deren Zahl mein hervorragender Mitarbeiter Cavaignac und nützlicher Weise vermehrt.

Wenn er ihre Zusammenarbeit entwidelt, weiß er, daß sie mit uns den Frieden Europas garantieren. Gewiß wird niemand ernsthaft behaupten können, daß alles in unseren Einrichtungen vollkommen ist. Aber es trifft nicht zu, daß alles schlecht ist und daß folglich ein Wechsel des Regimes erforderlich ist.

Konferenz. Es sei anzunehmen, daß nicht nur die englischen Gäste sich über die deutsche Politik, sondern auch die deutschen Gäste über die britische Europa-Politik zu unterrichten suchten. Diese Politik, so schreibt das Rothermere-Blatt, sei weit nebelhafter als die deutsche und eine Quelle allgemeiner Unsicherheit.

Es sei nur zu verständlich, wenn sich Deutschland jedem Abkommen widersetze, das von dem guten Willen des Somterlands abhängig. Das einzige vernünftige Ziel, das zu erreichen werden könne, sei ein Dreieck zwischen Frankreich, Großbritannien und Deutschland, denn diese drei Länder hätten keine entgegenstehenden Interessen. „Warum“, so fragt das Blatt, „sollen die Auswärtigen eine glückliche Verständigung durch anderen Ortskanten verbieten werden? Deutschlands Beziehungen zu seinen östlichen Nachbarn sind seine Angelegenheit. Die „Evening News“ widerspricht zum Schluß entsetzten der Auffassung, als ob Deutschland auf unvernünftigen oder überlipanten Forderungen bestände.

Sowjetrußland die größte Gefahr.

DNB Genf, 24. März.

Das katholische Blatt „Courier de Geneve“ schreibt am Freitag zur internationalen Lage, es handle sich jetzt darum, ob Deutschland, nachdem es seinen Rang als Großmacht wieder eingenommen habe, isoliert und eingekreist werden solle und ob man als Antwort auf die Worte Hitler's überall schreie: „Zu den Waffen, Bürger!“ Nach Ansicht des Blattes könnte man einen schwerwiegenden Fehler begehen. Die Entwertung einer einzelnen Macht sei immer ein Wagnis gewesen. Im übrigen sei die Rolle, die heute Sowjetrußland spiele, die größte Gefahr. Flandin habe gesagt, durch wen sich Deutschland bedroht fühle. Er könne immerhin nicht die Existenz einer großen Armee von 840 000 Mann übersehen, die aus Polen beunruhigt. Es wäre viel besser, so fährt das Blatt fort, wenn Frankreich selbst ein nationales Erwachen durchmache, als daß es sich an den überhöhten Klauen des Berliner Vertrages flammere. Nach Wiederherstellung der vollen Gleichberechtigung werde es leichter sein, die militärischen Haushalte zu verringern als in der Atmosphäre von Versailles.

Wenn ich Ihnen einen Ratsschlag geben kann, bevor Sie zu den Wahlen schreiten, so ist es der: Sitten Sie sich vor dem Geiste des Selbstmachens und der Disziplinlosigkeit. Um aufzubauen, muß man Vertrauen in die Zukunft haben und verstehen, das vorhandene Material zu verwenden.

Welches Volk gibt uns im übrigen eine gleiche Lehre der Vaterlandsiebe als das Volk, das in dem Glauben, in keiner Integrität bedroht zu sein, mit Singabe keine rote Armees feiert und mit gerechtem Stolz immer mehr Milliarden für seine Landesverteidigung opfert? Die Jugend, das Volk, das weiß, wie sie liebt, hat weder ihren Glauben an die Tugend der Vaterlandsiebe noch an die Mission der Republik verloren. Die Jugend hat keine Lehren von denjenigen angenommen, die die Arbeitslosigkeit und den Krieg als ein unvermeidliches Übel gebildet haben.

Der Ministerpräsident schloß: Die ungläubigen Demagogen und Gemeinleer sollen schweigen, vorwärts morgen für die Republik und Frankreich!

Luftschutz in Frankreich.

Vier Milliarden Franc werden ausgegeben.

DNB Paris, 25. März.

Die französische Kammer verabschiedete am Montag nachmittag mit 451 gegen 11 Stimmen den Gesetzesentwurf über die Organisation der passiven Luftverteidigung, wonach der Staat 99 v. H. der Kosten für den Bau von Bunkern, und Gasbunkern unterirdischen trägt, während die Gemeinden sich mit 1 v. H. zu beteiligen haben. In der vorhergehenden Aussprache wiesen verschiedene Redner auf die Unzulänglichkeit der bisherigen Regelung hin und unterstrichen die Notwendigkeit der Anlage einer größeren Anzahl von Unterständen. Ein sozialistischer Abgeordneter schätzte die Gesamtausgaben auf etwa vier Milliarden Franc.

Der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses der Kammer wies in der Begründung auf dem neuen Gesetz auf die Maßnahmen hin, die in Sowjetrußland und Deutschland zum Schutze der Zivilbevölkerung gegen Gasangriffe getroffen worden seien. Die Welt weiß, daß Frankreich niemals einen Krieg erklären werde. Man müsse aber leider mit der Möglichkeit rechnen, angegriffen zu werden.

Der ehemalige Luftfahrtminister Pierre Cot erklärte in seiner Eigenschaft als Berichterstatter des Luftfahrtgesetzes, daß das Gesetz so schnell wie möglich verabschiedet werden müsse, da es sich um eine Maßnahme der Landesverteidigung handle. Der Luftfahrtgesetz sei jedoch der Ansicht, daß die passive Verteidigung im Luftkrieg keine große Wirksamkeit habe. Die aktive Verteidigung sei die einzig wirksame Verteidigung. Daher sei der Luftfahrtgesetz der Ansicht, daß die Flugzeugabwehr-Artillerie und die gesamte aktive Verteidigung in der Hand des Luftfahrtministers zusammengefaßt werden müsse.

Der Kernpunkt der europäischen Frage.

Erklärungen des Ministerpräsidenten Gombos.

DNB Budapest, 25. März.

In einer Montagabend veranstalteten Wählerversammlung der Partei der nationalen Einheit erklärte Ministerpräsident Gombos, die europäische Lage betrachte er als außerordentlich wichtig, weil jene, die die europäische Krise lösen wollten, nicht den Kern der Frage suchten, sondern auf tatsächlicher